

Insolvenzen Neugründungen Löschungen

Jahr 2003

Eine Untersuchung zur
Unternehmensentwicklung
der Creditreform Wirtschafts-
und Konjunkturforschung

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Insolvenzen in Deutschland im Jahre 2003	1
1.2	Insolvenzen und die Schäden	4
1.3	Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen	6
1.4	Insolvenzgründe:	7
1.4.1	Branchen / Konjunktur	7
1.4.2	Finanzierung	12
1.5	Große Firmeninsolvenzen	16
1.6	Insolvenzplanverfahren	18
1.7	Privatinsolvenzen	20
2	Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen	22
2.1	Gründungsbilanz	22
2.2	Neuzugänge nach Wirtschaftsbereichen	27
2.3	Arbeitsplätze durch Neugründer	30
2.4	Neueintragungen und Löschungen in den Handelsregistern der Bundesländer	32
3	Zusammenfassung	35

■ **1 Insolvenzen**
1.1 Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahre 2003

Auch in diesem Jahr ist es nicht zu einem Rückgang der Insolvenzzahlen gekommen. Für das Jahresende 2003 ist in Deutschland von fast einhunderttausend Gesamtinsolvenzen auszugehen (99.800 Insolvenzanträge). Diese Zahl von Gesamtinsolvenzen stellt ein Plus gegenüber dem Vorjahr (84.330) von 18,3 Prozent dar. Bei den Unternehmensinsolvenzen waren bei den Gerichten in Deutschland fast 40.000 Anträge gestellt worden (39.700). Damit liegt man um 5,5 Prozent über der Zahl vom Jahresultimo 2002 (37.620).

Knapp unter 100.000 Insolvenzen

Bereits im Vorjahr hatte der Anteil der Privatinsolvenzen an den Gesamtinsolvenzen über dem der Unternehmenszusammenbrüche gelegen (46.710 Privatinsolvenzen gegenüber 37.620 Unternehmensinsolvenzen). Die Zahl der natürlichen Personen, die – sei es als Konsumenten oder als ehemals unternehmerisch Tätige – den Gang zur Entschuldung über ein Insolvenzverfahren antreten, nimmt weiter zu: Um 28,7 Prozent auf 60.100 Fälle ist sie im Verlauf des Jahres 2003 gestiegen. Es ist davon auszugehen, dass diese Zahl noch in dieser Dekade sechsstellig werden wird.

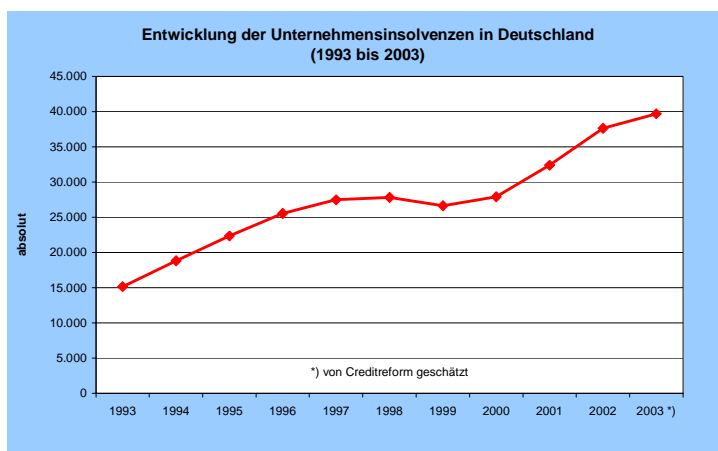
Tab. 1: Insolvenzverfahren in Gesamtdeutschland

	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		sonstige/private **) Insolvenzen	
1993	20.298	+ 32,6%	15.148	+ 38,7%	5.150	+ 17,5%
1994	24.928	+ 22,8%	18.824	+ 24,3%	6.104	+ 18,5%
1995	28.785	+ 15,5%	22.344	+ 18,7%	6.441	+ 5,5%
1996	31.471	+ 9,3%	25.530	+ 14,3%	5.941	- 7,8%
1997	33.398	+ 6,1%	27.474	+ 7,6%	5.924	- 0,3%
1998	33.977	+ 1,7%	27.828	+ 1,3%	6.149	+ 3,8%
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%	7.250	+ 17,9%
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%	13.850	+ 91,0%
2001	49.510	+ 18,5%	32.390	+ 16,0%	17.120	+ 23,6%
2002	84.330	+ 70,3%	37.620	+ 16,1%	46.710	+ 172,8%
2003 *)	99.800	+ 18,3%	39.700	+ 5,5%	60.100	+ 28,7%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Der Zuwachs bei den Unternehmensinsolvenzen hat sich – gerade im Verlauf der zweiten Jahreshälfte – gegenüber den beiden Vorjahren abgeschwächt. Die moderatere Entwicklung, wie sie bereits einmal gegen Ende der neunziger Jahre zu sehen war, bedeutet aber nicht, dass dies bereits eine Trendwende wäre. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre mehr als verdoppelt (1994: 18.824 Unternehmensinsolvenzen; 2003: 39.700). Die Kurve der Entwicklung zwischen 1993 und 2003 zeigt, wie eine Abschwächung zu einem Plateau an Stagnation führt, das dann aber weiter nach oben führt.



Wie bereits im Vorjahr wird das Insolvenzgeschehen vom Anstieg in Westdeutschland getragen. Dies nicht nur, weil die alten Bundesländer dreimal so viele Gesamt- und Unternehmensinsolvenzen hinzunehmen haben, sondern auch, weil die Wachstumsraten am aktuellen Rand im Westen der Republik deutlich höher liegen als im Osten.

**Unternehmensinsolvenzen:
Rückgang im Osten,
Zuwachs im Westen**

75.900 Gesamtinsolvenzen (plus 20,6 Prozent) sind in Westdeutschland 2003 registriert worden, dabei handelt es sich in fast 30.000 Fällen (29.700) um Unternehmensinsolvenzen. 46.200 Privatinsolvenzen (Vorjahr: 36.390) waren im Verlauf des letzten Jahres zu verzeichnen.

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamt- insolvenzen		Unternehmens- insolvenzen		sonstige/private **) Insolvenzen	
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%	6.060	+ 14,9%
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%	11.470	+ 89,3%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%	14.260	+ 24,3%
2002	62.940	+ 74,8%	26.550	+ 22,1%	36.390	+ 155,2%
2003 *)	75.900	+ 20,6%	29.700	+ 11,9%	46.200	+ 27,0%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Ostdeutschlands Unternehmensinsolvenzen haben gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Mit 10.000 betroffenen Betrieben liegt man um 9,7 Prozent unter der Zahl des Jahres 2002 (11.070). Bei den Gesamtinsolvenzen ist mit 23.900 Anträgen ein Zugang festzuhalten (11,7 Prozent), der nur die Hälfte des westdeutschen Zuwachses beträgt (20,6 Prozent).

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamt- insolvenzen		Unternehmens- insolvenzen		sonstige/private **) Insolvenzen	
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%	1.190	+ 36,3%
2000	12.190	+ 39,2%	9.810	+ 29,6%	2.380	+ 100,0%
2001	13.500	+ 10,7%	10.640	+ 8,5%	2.860	+ 20,2%
2002	21.390	+ 58,4%	11.070	+ 4,0%	10.320	+ 260,8%
2003 *)	23.900	+ 11,7%	10.000	- 9,7%	13.900	+ 34,7%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Nur bei den Privatinsolvenzen liegt der Osten mit 34,7 Prozent deutlich über dem Plus des Westens (27,0 Prozent). 13.900 Anträge von Privatpersonen, die aber auch im Zusammenhang mit überschuldeten Nachlässen oder beruflicher, unternehmerischer Tätigkeit zu sehen sind, wurden gestellt.

Die Zuwachsraten bei den Privatinsolvenzen vergrößern sich sowohl im Osten als auch im Westen. Allerdings ist die „Ausbuchung“ des Jahres 2002 im Westen mit 155,2 Prozent bzw. im Osten mit 260,8 Prozent eine Ausnahme: Sie beruht auf den Erleichterungen, welche die Reform der Insolvenzordnung für über-

schuldete Privatpersonen gebracht hat. Viele Betroffene hatten diese Entwicklung abgewartet, um dann in 2002 den Weg der Restschuldbefreiung zu beschreiten.

1.2 Insolvenzen und die Schäden

Insolvenzen verursachen Schäden, da Forderungen nicht oder zum Teil nicht befriedigt werden können. In diesem Jahr ist ein Gesamtschaden von 40,5 Mrd. Euro zu registrieren – 2,1 Mrd. Euro mehr als letztes Jahr. Mehr als zwei Drittel der verursachten Schäden müssen private Gläubiger hinnehmen: Kreditgeber, Arbeitnehmer und Lieferanten in Deutschland bleiben auf insgesamt 27,9 Mrd. Euro sitzen. Die Öffentliche Hand trifft es mit 12,6 Mrd. Euro.

Insolvenzschiäden stiegen um 2,1 Mrd. Euro

Tab. 4: Insolvenzschiäden in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Schäden	Öffentliche Hand	Gesamt
1999	17,9	9,7	27,6
2000	17,9	9,2	27,1
2001	22,0	10,3	32,3
2002	26,6	11,8	38,4
2003 *)	27,9	12,6	40,5

*) von Creditreform geschätzt

Bei der Darstellung der Insolvenzschiäden darf nicht vergessen werden, dass Unternehmen nicht nur direkt von Forderungsausfällen betroffen sind, sondern auch über die aufzubringenden Insolvenzgeldzahlungen quasi doppelt belastet werden. Das Insolvenzgeld, das die Bundesanstalt für Arbeit (BA) im Insolvenzfall an die betroffenen Arbeitnehmer auszahlt, zieht sie bei den Unternehmen über die Berufsgenossenschaften im Umlageverfahren ein. In 2002 erreichte das aufzubringende Insolvenzgeld die Rekordsumme von 1,9 Mrd. Euro. Für 2003 ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Zwar versucht die BA, das Geld beim insolventen Unternehmen nachträglich einzutreiben und damit die Umlage zu senken, dies geschieht jedoch mit bescheidenem Erfolg: Gerade einmal zwei Prozent

können durchschnittlich innerhalb von zwölf Monaten zurückgeholt werden.

Aus diesem Grund plant die Bundesregierung die Kürzung des Insolvenzgeldes. Bisher erhielten Mitarbeiter einer insolventen Firma ihr volles Gehalt drei Monate lang von der BA ausbezahlt. Künftig soll die Auszahlung des Insolvenzgeldes auf die Beitragsbemessungsgrenze der Arbeitslosenversicherung (also 5.100 Euro) beschränkt werden. Insolvenzverwalter lehnen den Gesetzesentwurf als sanierungsfeindlich ab. Gerade Fach- und Führungskräfte würden Nachteile durch die Regelung entstehen. Sobald ihre Gehälter die Beitragsbemessungsgrenze übersteigen, würden sie kein Insolvenzgeld erhalten, sondern wären einfache Insolvenzgläubiger. Um dem zu entgehen, würden gerade Führungskräfte rasch abwandern und für eine Sanierung des Unternehmens nicht mehr zur Verfügung stehen.

**Bundesregierung plant
Kürzung des Insolvenzgeldes**

Tab. 5: Private Insolvenzverluste in Deutschland

■	Forderungsverluste in Mrd. Euro	je Insolvenzfall in Euro
1999	17,9	672.000
2000	17,9	641.000
2001	22,0	679.000
2002	26,6	707.000
2003 *)	27,9	703.000

*) von Creditreform geschätzt

Pro Insolvenzfall bleiben durchschnittlich Forderungen in Höhe von 703.000 Euro offen. Zum ersten Mal seit 2000 sinkt dieser Wert wieder. Letztes Jahr war mit einer offenen Forderungssumme von 707.000 Euro pro Insolvenzfall ein Höchststand erreicht worden, was in unmittelbarem Zusammenhang mit dem hohen Aufkommen von Großinsolvenzen steht, die im Jahr 2002 Schlagzeilen machten.

Im Zusammenhang mit den Schäden darf der Pensionsversicherungsverein (PSV), der für die betriebliche Altersvorsorge aufkommt, wenn das zusagende Unternehmen Insolvenz anmeldet, nicht unerwähnt bleiben.

ben: Mitte November legte der PSV seinen Beitragsatz für 2003 fest – und der liegt mit 4,4 Promille weit über dem Durchschnitt der letzten 28 Jahre. In diesem Jahr übernimmt der PSV Renten und Anwartschaften im Wert von etwa 960 Mio. Euro. Innerhalb der ersten Jahreshälfte 2003 meldeten 347 Unternehmen Insolvenz an, für die er einspringen musste.

1.3 Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen

Im dritten Quartal 2003 hatten nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes durchschnittlich 38,3 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Deutschland. Das waren 479.000 weniger als ein Jahr zuvor.

Die Zahl der Arbeitsplätze, die durch Insolvenzen verloren gingen, erhöhte sich – parallel zur Unternehmensinsolvenzentwicklung – um 3,9 Prozent auf 613.000. Zu beachten ist, dass diese Zahl nur als Richtschnur gelten kann, da Unternehmen häufig schon im Vorfeld einer Insolvenz Arbeitsplätze abbauen oder gerade leitende Angestellte schon früh das „sinkende Schiff“ verlassen.

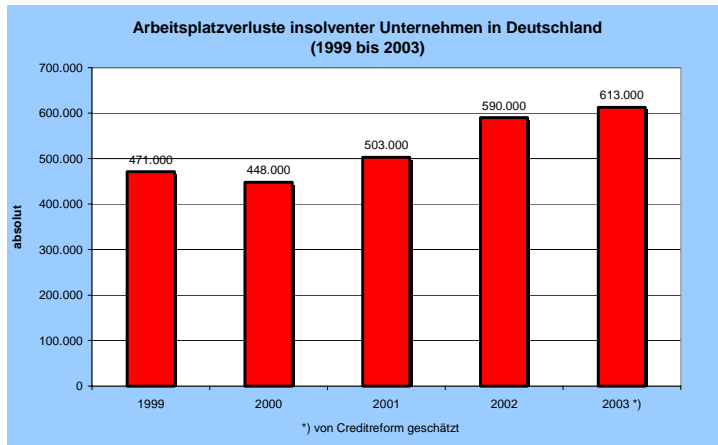
Auf der anderen Seite werden nicht immer sämtliche Arbeitsplätze durch eine Insolvenz vernichtet – im Fall der übertragenden Sanierung etwa bleiben Arbeitsplätze erhalten.

Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen steigen um 3,9 Prozent

Tab. 6: Gesamtarbeitsplätze insolventer Unternehmen in Deutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1999	471.000	- 6,0
2000	448.000	- 4,9
2001	503.000	+ 12,3
2002	590.000	+ 17,3
2003 *)	613.000	+ 3,9

*) von Creditreform geschätzt



Die Bundesanstalt für Arbeit zahlt den Arbeitnehmern eines insolventen Unternehmens Insolvenzgeld – und zwar für die Dauer von längstens drei Monaten. In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres stellten 417.596 Personen einen Antrag auf Insolvenzgeldleistungen, von denen die BA 313.273 Anträge bewilligte.

1.4 Insolvenzgründe:

1.4.1 Branchen / Konjunktur

Nach jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes ist die deutsche Wirtschaft im dritten Quartal um 0,2 Prozent im Vergleich zum Vorquartal gewachsen. Dafür verantwortlich seien vor allem die Exporte, während privater Konsum und Investitionen die Konjunktur immer noch dämpfen würden, urteilt Gustav Horn vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

Die anhaltende Konsumflaute spiegelt sich in den Insolvenzzahlen des Handels wider. Der Westen verzeichnet einen Anstieg der Konkurse um 14,2 Prozent.

„Traditionell“ trägt der Dienstleistungssektor den größten Anteil am Insolvenzgeschehen (46,4 Prozent des Gesamtinsolvenzaufkommens) – aber auch der höchste Anstieg der Insolvenzzahlen ist dieses Jahr in dieser Branche zu finden (plus 13,4 Prozent). Die Dienstleistungsbranche ist der einzige Wirtschaftsbereich, in dem der Osten Deutschlands noch Zuwächse zu verzeichnen hat (plus 1,8 Prozent in 2003).

Tab. 7: Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen 2003 *)

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenz- aufkommen	%-Steigerung gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gew.			
West	2.720 (2.920)	9,2 (11,0)	- 6,8
Ost	900 (1.010)	9,0 (9,1)	- 10,9
Deutschland	3.620 (3.930)	9,1 (10,5)	- 8,1
Bau			
West	5.420 (5.070)	18,2 (19,1)	+ 6,9
Ost	2.810 (3.630)	28,1 (32,8)	- 22,6
Deutschland	8.230 (8.700)	20,7 (23,1)	- 5,5
Handel			
West	7.160 (6.270)	24,1 (23,6)	+ 14,2
Ost	2.260 (2.470)	22,6 (22,3)	- 8,5
Deutschland	9.420 (8.740)	23,7 (23,2)	+ 8,1
Dienstleist.			
West	14.400 (12.290)	48,5 (46,3)	+ 17,2
Ost	4.030 (3.960)	40,3 (35,8)	+ 1,8
Deutschland	18.430 (16.250)	46,4 (43,2)	+ 13,4
Gesamt			
West	29.700 (26.550)	100,0 (100,0)	+ 11,9
Ost	10.000 (11.070)	100,0 (100,0)	- 9,7
Deutschland	39.700 (37.620)	99,9 (100,0)	+ 5,5

*) von Creditreform geschätzt, () = Vorjahresangaben

Erfreulicher ist die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe: Sowohl im Osten (minus 10,9 Prozent) als auch im Westen (minus 6,8 Prozent) sind Rückgänge der Insolvenzen zu verzeichnen. Das geht einher mit den Ergebnissen des jüngsten ifo-Geschäftsklima-Indexes, der mittlerweile zum siebten Mal in Folge gestiegen ist. Verbessert hat sich demnach die Stimmung insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe.

Das Baugewerbe weist auch in der Insolvenzstatistik für Gesamtdeutschland einen Rückgang der Konkurse auf (minus 5,5 Prozent), der allerdings komplett vom hohen Rückgang in den neuen Bundesländern (minus 22,6 Prozent) getragen wird. In Westdeutschland mussten 350 Betriebe (6,9 Prozent) mehr Insolvenz beantragen als noch 2002. Dennoch besteht auch hier Anlass zur Hoffnung: Die Zahl der Baugenehmigungen wuchs in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres um 9,4 Prozent, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Dieser Anstieg dürfte allerdings auf die Dis-

**Verarbeitendes Gewerbe:
Rückgang der Insolvenzen**

kussionen um die Kürzung der Eigenheimzulage zurückzuführen sein.

Tab. 8: Risikoquoten nach den Hauptwirtschaftsbereichen in Deutschland 2003

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	98
Baugewerbe	256
Handel	131
Dienstleistungen	122
Gesamt	136
hierunter:	
Westdeutschland	123
Ostdeutschland	195

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank und Umsatzsteuerstatistik

Setzt man die Zahl der Insolvenzen ins Verhältnis zu den existierenden Betrieben der einzelnen Wirtschaftsbereiche, zeigt sich, dass immer noch der Bau am stärksten von Pleiten bedroht ist. Allerdings sank hier der Wert von 270 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen in 2002 auf nunmehr 256.

Im Verarbeitenden Gewerbe ist die Insolvenzquote am niedrigsten und gab im Jahresverlauf noch einmal von 106 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen auf 98 Insolvenzen nach.

Die folgende Tabelle zeigt für die Hauptwirtschaftsbereiche die Branchensektoren, die eine besonders hohe Insolvenzquote aufweisen.

Tab. 9: Risikobehaftete Branchen in Deutschland

■	Insolvenz- quote
<u>Verarbeitendes Gewerbe</u>	
Stahl- und Leichtmetallbau	494
<u>Bau</u>	
Abbruch-, Spreng- und Enttrümmerungsgewerbe	775
<u>Handel</u>	
Großhandel mit Schrott	577
<u>Dienstleistung</u>	
Diskotheken und Tanzlokale	691

Insolvenzquote = Insolvenzen je 10.000 Unternehmen einer Branche

Bei Betrachtung der Insolvenzen nach der Beschäftigtenzahl ist festzustellen, dass sich der Insolvenzanteil der Klein- und Mikrobetriebe mit bis zu fünf Beschäftigten weiter erhöht hat. 70,2 Prozent aller Unternehmensinsolvenzen kommen aus dieser Beschäftigtengrößenklasse. Die Unternehmen mit einer Beschäftigtenzahl von über 100 Personen machen demgegenüber nur einen geringen Prozentsatz der Gesamtstatistik aus, der in 2003 noch weiter absank (von 1,6 Prozent in 2002 auf nunmehr 1,0 Prozent).

Insolvenzgefährdet sind insbesondere Unternehmen mit bis zu fünf Mitarbeitern

Tab. 10: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen

■	West	Ost	Deutschland
1 – 5 Personen	70,6 (64,5)	68,6 (62,0)	70,2 (63,9)
6 – 10 Personen	12,2 (13,6)	14,2 (16,0)	12,6 (14,2)
11 – 20 Personen	8,6 (10,1)	9,4 (11,6)	8,8 (10,5)
21 – 50 Personen	5,8 (7,3)	5,8 (7,8)	5,8 (7,4)
51 – 100 Personen	1,8 (2,7)	1,5 (1,9)	1,7 (2,5)
> 100 Personen	1,1 (1,9)	0,5 (0,8)	1,0 (1,6)

Angaben in Prozent; () = Vorjahresangaben

Das Hauptfeld der Insolvenzen wird aber von Unternehmen mit einer Umsatzgrößenklasse zwischen 0,5 und 5,0 Mio. Euro Umsatz bestimmt. Letztes Jahr kamen aus dieser Umsatzgrößenklasse 15.530 Unternehmensinsolvenzen, dieses Jahr sind es 14.770. 2003 mussten 120 Betriebe, die mehr als 50 Mio. Euro Umsatz machen, Insolvenz anmelden. In 2002 – dem

Jahr der großen Konzernniedergänge – waren es mit 230 Unternehmen fast doppelt so viele.

**Tab. 11: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen 2003 *)
für Gesamtdeutschland (in Mio. Euro)**

■	absolut	%-Anteil
bis 0,1	6.590	16,6
> 0,1 – 0,25	8.700	21,9
> 0,25 – 0,5	7.260	18,3
> 0,5 – 5,0	14.770	37,2
> 5,0 – 25,0	2.060	5,2
> 25,0 – 50,0	200	0,5
> 50,0	120	0,3
Gesamt	39.700	100,0

*) Creditreform-Schätzung

Schätzungen zufolge sind 20 bis 30 Prozent aller Unternehmen – das entspricht in etwa 600.000 Betrieben – insolvenzgefährdet, weil sie zu schwach finanziert sind. Um den Vorgaben von Basel II nachzukommen, müssen Banken Kreditnehmer mit einem internen Rating bewerten: Wer schlecht abschneidet, muss mit höheren Kreditkonditionen rechnen. Trotz der „Retail-Lösung“, die Erleichterungen bei der Bewertung kleiner Betriebe schaffen soll, sind es gerade Betriebe mit einer mittleren Umsatzgröße, die der „Auslese“ beim internen Rating zum Opfer fallen.

Tab. 12: Insolvenzen nach Unternehmensalter 2003

■	West	Ost	Deutschland
0 bis 2 Jahre	14,4 (16,6)	12,6 (12,7)	14,0 (15,6)
3 bis 4 Jahre	18,8 (19,1)	17,5 (19,7)	18,5 (19,2)
5 bis 6 Jahre	14,3 (13,4)	16,0 (15,8)	14,6 (14,4)
7 bis 8 Jahre	10,7 (10,2)	12,6 (13,3)	11,1 (11,0)
9 bis 10 Jahre	7,9 (7,6)	11,4 (13,7)	8,7 (9,1)
über 10 Jahre	34,0 (32,5)	29,9 (24,8)	33,1 (30,7)

Angaben in Prozent, () = Vorjahresangaben

Die Zahl der Pleiten traditionsreicher Unternehmen wächst: Waren es im vergangenen Jahr noch 30,7 Prozent aller Insolvenzen, die Unternehmen betrafen, die länger als zehn Jahre am Markt waren, sind es

dieses Jahr schon knapp ein Drittel (33,1 Prozent). Eine weitere kritische Phase liegt im Unternehmensalter zwischen drei und vier Jahren, obwohl der Wert hier leicht von 19,2 Prozent im letzten auf nunmehr 18,5 Prozent in diesem Jahr abnahm. Das mag vielleicht mit Expansionsbestrebungen zusammenhängen, die nach Etablierung eines Unternehmens etwa in diesem Zeitraum erfolgen, und andere Managementqualitäten erfordern.

Tab. 13: Insolvenzen nach Rechtsformen 2003

■	West	Ost	Deutschland
freie Berufe	2,2 (1,9)	2,4 (1,7)	2,3 (1,9)
Gewerbebetrieb	40,3 (32,9)	54,5 (48,6)	43,5 (36,8)
BGB-Gesellschaft	1,3 (1,3)	1,7 (1,6)	1,4 (1,4)
Einzelfirma	4,6 (4,2)	2,2 (2,2)	4,1 (3,7)
OHG	0,3 (0,5)	0,3 (0,3)	0,3 (0,4)
KG	0,7 (0,8)	0,4 (0,3)	0,6 (0,6)
GmbH & Co. KG	4,7 (6,3)	2,5 (2,7)	4,2 (5,4)
GmbH	44,0 (49,7)	34,4 (41,3)	41,9 (47,6)
AG	1,3 (2,0)	0,5 (0,5)	1,1 (1,6)
eG	0,0 (0,0)	0,4 (0,4)	0,1 (0,1)
eV	0,4 (0,5)	0,7 (0,5)	0,5 (0,5)

**Gewerbebetriebe
„überholen“ GmbH's**

Quelle: Creditreform-Datenbank; Angaben in Prozent

Die Gewerbebetriebe haben die meisten Pleiten zu verzeichnen. Hier stieg der Wert von 36,8 Prozent im letzten Jahr auf 43,5 Prozent in diesem Jahr an. Damit liegen die Gewerbebetriebe noch vor den GmbH's, die aufgrund ihrer geringen Haftungsmasse besonders insolvenzanfällig sind (Vorjahr: 47,6 Prozent; 2003: 41,9 Prozent).

1.4.2 Finanzierung

Die Finanzierung wird schwieriger für den Mittelstand, der die Hauptlast des Insolvenzgeschehens zu tragen hat: Alle internationalen Vergleiche über Eigenkapitalquoten zeigen trotz aller unterschiedlichen Bilanzierungsvorschriften, dass kein Zweifel daran bestehen kann, dass die mittelständische Wirtschaft zu wenig Eigenkapital hat, um in einer sich schnell verändernden „Finanzierungswelt“ bestehen zu können.

35,7 Prozent der Mittelständler verfügen über weniger als zehn Prozent Eigenkapital – gemessen an der Bilanzsumme – und sind damit hoffnungslos unterkapitalisiert. Ausreichend kapitalisiert (mehr als 30 Prozent Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme) sind lediglich 18,3 Prozent, obwohl festzuhalten ist, dass dieser Wert innerhalb des letzten Jahres um 1,7 Prozentpunkte anstieg.

Mehr als ein Drittel ist unterkapitalisiert

Tab. 14: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zu Bilanzsumme

■	bis 10%	35,7 (41,2)
	bis 20%	27,0 (25,5)
	bis 30%	18,9 (16,7)
	über 30%	18,3 (16,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Der zusätzliche Finanzierungsbedarf entsteht nicht nur durch die neuen internationalen Vereinbarungen für Bankkredite (Basel II). Tatsächlich bereinigen die deutschen Banken ihre Kreditbücher und bauen Risiken ab. Und die restriktivere Kreditvergabe wird spätestens dann zur Wachstumsbremse, wenn sich die Wirtschaft dauerhaft erholt und Unternehmen Kredite anfragen, weil sie investieren möchten.

Was also ist zu tun, welche Alternativen zum Bankkredit gibt es?

Ein Börsengang kommt für die meisten mittelständischen Unternehmer – nicht erst seit der Vertrauenskrise der Finanzmärkte – kaum in Betracht. Beteiligungsfinanzierungen lehnen viele Mittelständler aus Angst vor zu großen Mitspracherechten der Beteiligungsgeber und Transparenzgebots ab.

Eine echte Finanzierungsalternative zum Bankkredit ist Leasing: Die Leasinggesellschaft investiert quasi anstelle des Unternehmers und überlässt dem Unternehmer das Leasingobjekt zur Nutzung und Miete. Im Falle einer Insolvenz des Unternehmens kann das Leasinggut ausgesondert werden, das heißt, der Leasinggeber hat ein sofortiges Zugriffsrecht auf die Sa-

che und ist kein Insolvenzgläubiger. Das Leasingunternehmen trägt lediglich das Risiko der schlechten Verwertbarkeit des Objektes. Und dieses Risiko ist geringer als das unternehmerische Risiko eines Kreditgebers.

Eine geplante „Leasing-Steuer“ würde dem Leasing als alternative Finanzierungsform allerdings schaden. Beabsichtigt ist, 50 Prozent der Miet- und Leasingaufwendungen der Gewerbesteuer zu unterwerfen. Der Präsident des Leasing-Verbandes Hans-Günther Schulz warnte vor einem „weiteren, massiven Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Investitionen“, sollte die Bundesregierung ihre Steuerpläne nicht fallen lassen.

Tab. 15: Zukünftige Ertragslage

■	steigend	19,8 (15,5)
	stabil	38,9 (35,5)
	sinkend	40,6 (48,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Erstmals seit dem Jahr 2000 sehen die Mittelständler optimistisch in die Zukunft: 19,8 Prozent rechnen im nächsten halben Jahr mit steigenden Erträgen – ein Zuwachs von 4,3 Prozentpunkten. Abgenommen hat demgegenüber die Zahl der Betriebe, die sinkende Erträge befürchten – und zwar um 8,3 Prozentpunkte auf 40,6 Prozent.

Ertragserwartungen wieder positiver

Tab. 16: Durchschnittliche Forderungsverluste in Prozent zum Umsatz

■	bis 0,1	23,7 (25,6)
	bis 0,5	21,4 (23,3)
	bis 1,0	19,4 (16,7)
	Über 1,0	20,7 (21,2)
	Keine Verluste	13,3 (11,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Forderungsverluste gehören zum Unternehmensalltag – lediglich 13,3 Prozent der mittelständischen Unternehmen haben in den vergangenen zwölf Monaten

keine Forderungsverluste hinnehmen müssen (Vorjahr: 11,8 Prozent). Kritisch wird es, wenn die Verluste mehr als ein Prozent vom Umsatz ausmachen: Das trifft auf ein Fünftel der Unternehmen zu (20,7 Prozent). Dies entspricht einem Rückgang von 1,5 Prozentpunkten .

Tab. 17: Forderungsverluste wegen Kundeninsolvenz(en) im Jahr 2003

■	ja	nein
Verarb. Gewerbe	46,8 (53,9)	51,4 (44,3)
Bau	46,1 (37,4)	51,5 (60,6)
Handel	63,7 (64,5)	34,8 (35,5)
Dienstleistungen	52,4 (49,6)	46,0 (49,3)
Gesamt	53,1 (51,9)	45,2 (47,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Mehr als die Hälfte aller befragten mittelständischen Unternehmen (53,1 Prozent) muss Forderungsverluste hinnehmen, weil ein Kundenunternehmen das Insolvenzverfahren beantragt hat. Ein Zuwachs von 1,2 Prozentpunkten. Insbesondere der Handel hat unter Forderungsausfällen zu leiden, was mit steigenden Insolvenzzahlen im Verbraucherbereich korrespondiert. 63,7 Prozent der befragten Betriebe aus diesem Segment litten unter Forderungsverlusten wegen Insolvenz – im vergangenen Jahr waren es 64,5 Prozent der Befragten.

Handel: Hohe Forderungsverluste durch Insolvenz

Die Höhe der Forderungsverluste durch Insolvenz könnte für Unternehmen künftig ansteigen, nämlich dann, wenn die Bundesregierung die Insolvenzordnung an die EU-Richtlinie über Finanzsicherheiten anpasst. Die Richtlinie regelt, wie Finanzsicherheiten bei Insolvenz eines Kreditnehmers zu bewerten sind. Insolvenzverwalter kritisieren die Möglichkeiten für Banken, Finanzsicherheiten bei insolventen Firmen ohne Einwilligung des Insolvenzverwalter zu verwerten. Das erschwere die Sanierung und würde dem Grundsatz entgegenlaufen, dass alle Gläubiger gleich zu behandeln seien.

1.5 Große Firmeninsolvenzen

Das Jahr 2002 ging in die Geschichte als Jahr der großen Pleiten ein. Holzmann, Herlitz, KirchMedia, Babcock und Fairchild waren die Unternehmensriesen, die von großem Medienecho begleitet, zusammenbrachen. Im Vergleich dazu nimmt sich die „Top-Ten“ der großen Firmeninsolvenzen für das Jahr 2003 bescheiden aus. Zwar sind mit Grundig, Kettner, Aero Lloyd und Wienerwald wieder einige Traditionsunternehmen vertreten, die Dimensionen des Insolvenzrankings sind jedoch ganz andere, als noch vor einem Jahr.

Die Nürnberger **Grundig AG** – Hersteller von Fernseh-, Hifi-, Rundfunk- und Autoradiogeräten – stellte am 14. April diesen Jahres einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens. 2.800 Mitarbeiter sind betroffen. Das Verfahren wurde am 1. Juli eröffnet.

***Pleite: Grundig, Wienerwald,
Aero Lloyd ...***

Die Willstätter **EMTEC Magnetics GmbH** beschäftigte sich mit der Entwicklung, der Herstellung sowie dem Vertrieb von Erzeugnissen aller Art zur Speicherung und Verarbeitung von Informationen, insbesondere von magnetischen Speichermedien aus den Bereichen Unterhaltungselektronik, Datenverarbeitung und Büroausstattung. Die Zahl der Beschäftigten wurde von ehemals 1.620 in 2002 auf 403 im Jahr 2003 reduziert. Das Verfahren wurde am 1. April 2003 eröffnet, jedoch eine Woche später nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit wieder eingestellt.

Am 16. Oktober forderte die Krise in der Reisebranche ein weiteres Opfer: Die **Aero Lloyd Flugreisen GmbH & Co. Luftverkehrs KG** stellte einen Insolvenzantrag, nachdem die Bayerische Landesbank eine weitere Unterstützung verweigerte. Betroffen sind 1.400 Mitarbeiter. Mittlerweile hat die Bayerische Landesbank dem zahlungsunfähigen Ferienflieger 5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt; Gespräche mit Investoren laufen.

Die **Eduard Kettner GmbH & Co. KG** aus Köln traf es Anfang Mai: Das 1884 gegründete Unternehmen, das auf den Verkauf von Jagdausrüstungen, Bekleidung

und Waffen spezialisiert war, stellte einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Das Verfahren wurde jedoch am 8. August ebenfalls wegen Masseunzulänglichkeit eingestellt.

Den Textil Discounter **Urban-Textil-Handel GmbH** - ebenfalls aus Köln - erwischte es gleich zu Beginn des Jahres: Am 6. Januar wurde der Antrag auf Eröffnung gestellt; mittlerweile ist das Verfahren eröffnet. Betroffen sind 1.000 Beschäftigte.

... Kettner und Urban

Die **Haustadt & Timmermann GmbH & Co. KG** aus Duisburg musste im August den Gang zum Insolvenzgericht antreten. Der Betrieb, der auf die Herstellung von Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen spezialisiert war, beschäftigte insgesamt etwa 760 Leute.

Die **Schwarz Modevertriebsgesellschaft mbH** aus Moers vertrieb exklusive Maßkonfektionen. Das Unternehmen, das 750 Leute beschäftigte, stellte Mitte Februar den Insolvenzantrag, Anfang Juli wurde das Verfahren eröffnet.

Anfang Juni traf es ein weiteres Modeunternehmen: Die **Eduard Dressler GmbH** aus Großostheim, spezialisiert auf die Herstellung und den Vertrieb von hochwertiger Herrenoberbekleidung, musste Insolvenz anmelden. Die Gesellschaft, die ehemals 750 Leute beschäftigte, ist mittlerweile aufgelöst.

Am 29. Januar diesen Jahres stellte die **Barthelmeß GmbH & Co. Shop-, Schaufenster- und Industrie-Displays** aus Fürth einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Das Verfahren wurde am ersten März eröffnet, in Deutschland sind 550 Beschäftigte betroffen.

Das Insolvenzverfahren über die **Wienerwald AG** wurde am ersten August eröffnet. Die Mitarbeiterzahl wurde zwischenzeitlich auf 196 reduziert – vor der Insolvenz waren es rund 500. Pressemitteilungen zufolge ist eine „Kleine Brauerei“ derzeit der aussichtsreichste Investor des Hähnchenbratbetriebes.

1.6 Insolvenzplanverfahren

Nach dem Vorbild des amerikanischen chapter 11 wurde mit Einführung der Insolvenzordnung in Deutschland ein Reorganisationsverfahren installiert, das die Sanierung angeschlagener Betriebe ermöglichen sollte: Der Insolvenzplan. Fortan wurde er als Kern- und Herzstück der Insolvenzordnung bezeichnet. So mit Vorschusslorbeeren ausgestattet, hagelte es kurz darauf harsche Kritik: Völlig bürokratisch und kompliziert sei das Verfahren und für die Abwicklung kleiner Unternehmen gänzlich ungeeignet. Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes unterstreichen diese Einschätzung. So ist die Zahl der Unternehmen, die mit Hilfe eines Insolvenzplanes saniert wurden, sehr gering. Insgesamt 280 Verfahren wurden bislang durchgeführt.

Bislang 280 Sanierungen mit dem Insolvenzplan

Die Gründe dafür liegen jedoch nicht in der rechtlichen Ausgestaltung des Verfahrens, wie eine Expertenbefragung von Creditreform ergab, sondern vielmehr in der mangelnden Kompetenz vieler Insolvenzverwalter. Nur sehr wenige Verwalterbüros besitzen das Know-how und die personelle Ausstattung, um das arbeitsintensive Planverfahren meistern zu können. Dabei bietet das Verfahren nicht nur für Schuldner Vorteile: Zum einen sind die Befriedigungsquoten im Planverfahren durchschnittlich um ein vielfaches höher als im „normalen“ Regelverfahren, zum anderen erhalten Gläubiger ihr Geld innerhalb weniger Monate und nicht erst nach Jahren – und: „Schnelles Geld ist gutes Geld“.

Die vollständigen Ergebnisse der Befragung werden Mitte Februar im „Mittelstandsmonitor, dem jährlichen Bericht zu Konjunktur- und Strukturfragen kleiner und mittlerer Unternehmen – eine Kooperation von KfW, DtA, ifm, ZEW, RWI und Creditreform –, veröffentlicht.

Tab. 18: Insolvenzpläne und Unternehmensinsolvenzen in Deutschland (1999 bis 2002)

■	Insolvenzpläne *) (absolut)	Unternehmens- insolvenzen (absolut)	Anteil der Insolvenzpläne (in Prozent)
1999	24	26.620	0,09
2000	56	27.930	0,20
2001	79	32.390	0,24
2002	121	37.620	0,32

*) Quelle: Statistisches Bundesamt

Einer jahrelang erhobenen Forderung der Insolvenzverwalter im Zusammenhang mit der Sanierung von Unternehmen ist das Bundesfinanzministerium nun nachgekommen: Sanierungsgewinne müssen nicht mehr versteuert werden.

Wenn ein Unternehmen in Liquiditätsschwierigkeiten nach langem Ringen einen Forderungs(teil)verzicht mit seinen Gläubigern ausgehandelt hatte, war es bislang so, dass der durch diesen Schuldenerlass entstandene Gewinn zu versteuern war. In seinem Erlass vom 27. März 2003 hat das Bundesfinanzministerium den Finanzämtern nun aufgegeben, bei typischen Sanierungssituationen solche Steuern zu erlassen, die aus dem Forderungsverzicht der Gläubiger resultieren. Dies gilt natürlich insbesondere für Unternehmen, die sich im Zuge eines Insolvenzplanes reorganisieren, und erhöht den Anreiz für eine Sanierung.

Tab. 19: Unternehmensinsolvenzen in Westdeutschland

■	Insolvenz- verfahren	mangels Masse eingestellt	
		absolut	in Prozent
1999	19.050	12.700	66,7
2000	18.120	10.102	55,8
2001	21.750	11.953	55,0
2002	26.550	10.930	41,2
2003 *)	29.700	12.000	40,4

*) von Creditreform geschätzt

Ziel bei Einführung der Insolvenzordnung war die Anreicherung der Masse insolventer Unternehmen, um eine bessere Gläubigerbefriedigung zu erzielen. Zwar

haben sich die durchschnittlichen Insolvenzquoten, die ungesicherte Gläubiger im Insolvenzverfahren erhalten, nicht merklich erhöht – sie liegen immer noch zwischen drei und fünf Prozent der Forderungssumme –, die Zahl der Insolvenzverfahren, die mangels einer die Kosten des Verfahrens deckenden Masse eingestellt werden und somit keine Befriedigung für Gläubiger bringen, ist aber merklich zurückgegangen.

Einstellungen mangels Masse: 40,2 Prozent im Westen und 48,0 Prozent im Osten

Inzwischen werden in Westdeutschland nur noch 40,4 Prozent aller Verfahren mangels Masse eingestellt, in Ostdeutschland sind es noch 48,0 Prozent. Bei Einführung der Insolvenzordnung wurde noch nicht einmal ein Drittel aller Verfahren eröffnet.

Tab. 20: Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse eingestellt	
		absolut	in Prozent
1999	7.570	6.103	80,6
2000	9.810	6.400	65,2
2001	10.640	5.810	54,6
2002	11.070	6.280	56,7
2003 *)	10.000	4.800	48,0

*) von Creditreform geschätzt

Auf der anderen Seite bleibt zu bedenken, dass die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens noch nicht automatisch bedeutet, dass die Gläubiger auch ihre Forderungen – oder zumindest einen Teil davon – erhalten. Sind zwar die Kosten des Verfahrens – also die Gerichts- und Verwaltergebühren – aus der Masse befriedigt, ansonsten aber keine Vermögenswerte vorhanden, greift das Institut der „Masseunzulänglichkeit“, wie beispielsweise bei den Insolvenzen von EMTEC und Kettner. Das heißt, das eröffnete Verfahren wird wieder eingestellt, ohne dass die Gläubiger eine Quote erhalten.

1.7 Privatsolvenzen

Der Anstieg bei den Privatsolvenzen ist ungebrochen. Um 28,7 Prozent auf 60.100 Fälle stiegen im Jahresverlauf die Zahlen an. 21.700 ehemals selbst-

ständig tätige Unternehmer, deren Betrieb bereits aufgelöst wurde, möchten sich mit Hilfe der Restschuldbefreiung auch privat von ihren Verbindlichkeiten lösen – 5.070 mehr als 2002.

Insolvenzen von Privatpersonen: Stundung und Nullplanverfahren

Bei den Verbrauchern ist der Anstieg noch massiver: 32.600 Konsumenten beantragen in 2003 die Restschuldbefreiung - ein Anstieg um 52,7 Prozent. Hoffnungen auf eine Trendwende bestehen indes nicht, geht man – wie das Bundesministerium der Justiz - davon aus, dass mindestens 2,77 Millionen Haushalte in Deutschland überschuldet sind.

Tab. 21: Private Insolvenzen in Deutschland

■	2003 *)	2002	Veränd. in Prozent
Verbraucher	32.600	21.350	+ 52,7
ehemals Selbstständige	21.700	16.630	+ 30,5
Nachlässe etc.	5.800	8.730	- 33,6
Gesamt	60.100	46.710	+ 28,7

*) von Creditreform geschätzt

Der Anstieg erklärt sich zum einen aus der Einführung der Stundungslösung für Verfahrenskosten im Dezember 2001, zum anderen aus der Tatsache, dass immer mehr Verbraucher von der Verschuldung in die Überschuldung rutschen. Hauptgründe dafür sind Arbeitslosigkeit, Scheidungen sowie Unerfahrenheit gegenüber dem Kredit- und Konsumangebot.

Das Gros der Verfahren von Privatpersonen stellen sogenannte „Nullplanverfahren“, in denen die Gläubiger keine Quote erhalten. Verbraucherberatungsstellen, Insolvenzverwalter und Gerichte sind mit dem Strom an Verfahren überlastet.

Das Bundesministerium der Justiz hat einen Diskussionsentwurf zur Änderung der Insolvenzordnung publiziert, in der das Verbraucherinsolvenzverfahren insgesamt „schlanker“ ausgestaltet werden soll. In geeigneten Fällen soll das Verfahren schriftlich abgewickelt und der Einigungsversuch zwischen Gläubigern und Schuldern effektiver ausgestaltet werden, indem der außergerichtliche und der gerichtliche Einigungsver-

such zusammengefasst werden. Gläubigern sollen weitergehende Informationsmöglichkeiten eingeräumt werden, um sie in stärkerem Umfang für das Einigungsverfahren zu gewinnen.

Fraglich ist, ob bei Insolvenzverfahren, in denen eine Gläubigerbefriedigung gar nicht stattfindet, die Gläubiger zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem Schuldner motiviert werden können.

■ 2 **Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen**

2.1 **Gründungsbilanz**

Entgegen dem schwachen Konjunkturverlauf ist die Zahl der Unternehmensgründungen gestiegen. In 2003 ließen sich insgesamt 761.000 Betriebe in die deutschen Handels- und Gewerberegister eintragen. Im Jahr zuvor waren es noch 720.000, das entspricht einem Anstieg von 5,7 Prozent. Gleichzeitig nahm die Zahl der Unternehmenslöschungen aus den amtlichen Registern um 3,0 Prozent auf 656.000 zu (2002: 637.000). Der Saldo aus An- und Abmeldungen beträgt aktuell 105.000.

In die Handelsregister trugen sich 102.000 Unternehmen ein, das entspricht 2,9 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum (2002: 105.000). Die im Vergleich zu den Gewerberegistern niedrigere und rückläufige Zahl ergibt sich aus den strengeren Vorschriften. In das Handelsregister dürfen sich nur Vollkaufleute eintragen. Vor einem Eintrag wird überprüft, ob ein in kaufmännischer Weise eingerichteter Gewerbebetrieb vorliegt. Maßgebliche Kriterien dafür sind der Jahresumsatz, die Anzahl der Beschäftigten oder die Art und Anzahl der Geschäftsvorgänge. Erfüllt ein Unternehmen die Kriterien, handelt es sich in den meisten Fällen um echte Unternehmensgründungen mit hoher wirtschaftlicher Substanz.

Gründungsrückgang gestoppt

Tab. 22: Gründungsbilanz 2003 *) für Gesamtdeutschland

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	659.000 (615.000)	+ 7,2	598.000 (587.000)	+ 1,9
Handels- register:	102.000 (105.000)	- 2,9	58.000 (50.000)	+ 16,0
Gesamt:	761.000 (720.000)	+ 5,7	656.000 (637.000)	+ 3,0
Saldo:	105.000 (83.000)	+ 26,5		

*) Creditreform-Schätzung; () = 2002

Bei einem Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland fällt auf, dass in den alten Ländern sowohl die An- als auch die Abmeldungen gestiegen sind. In diesem Jahr wurden 620.000 Gewerbe registriert, im Jahr zuvor waren es 584.000. Innerhalb eines Jahres entspricht das einem Anstieg um 6,2 Prozent. Die Einträge ins Handelsregister nahmen im gleichen Zeitraum um 2,3 Prozent auf 86.000 ab (2002: 88.000).

Auch die Zahl der Gewerbeabmeldungen ist um 5,7 Prozent auf 539.000 gestiegen (2002: 510.000). Die Handelsregisterlöschungen stiegen sogar um 12,8 Prozent auf 44.000. Trotzdem bleibt der Gründungssaldo aus An- und Abmeldungen im Westen mit 81.000 deutlich positiv.

Mehr Löschungen im Westen

Tab. 23: Gründungsbilanz 2003 *) für Westdeutschland

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	534.000 (496.000)	+ 7,7	495.000 (471.000)	+ 5,1
Handels- register:	86.000 (88.000)	- 2,3	44.000 (39.000)	+ 12,8
Gesamt:	620.000 (584.000)	+ 6,2	539.000 (510.000)	+ 5,7
Saldo:	81.000 (74.000)	+ 9,5		

*) Creditreform-Schätzung; () = 2002

In den neuen Bundesländern kommt es 2003 zu 141.000 Neueintragungen, das entspricht 3,7 Prozent mehr Anmeldungen als im Vorjahreszeitraum. Anders

als in Westdeutschland ist die Zahl der Liquidationen aber um 2,4 Prozent auf 124.000 gesunken. Dementsprechend vergrößert sich der Saldo aus An- und Abmeldungen auf 17.000. In den ostdeutschen Handelsregistern nahm die Zahl der Einträge um 5,9 Prozent auf 16.000 ab (2002: 17.000) und die Löschungen stiegen um 18,2 Prozent auf 13.000.

Tab. 24: Gründungsbilanz 2003 *) für Ostdeutschland **)

■	Anmel- Dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	125.000 (119.000)	+ 5,0	103.000 (116.000)	- 11,2
Handels- register:	16.000 (17.000)	- 5,9	13.000 (11.000)	+ 18,2
Gesamt:	141.000 (136.000)	+ 3,7	124.000 (127.000)	- 2,4
Saldo:	17.000 (9.000)			

*) Creditreform-Schätzung; () = 2002; **) inkl. West-Berlin

Es gilt zu beachten, dass nicht alle diese Neugründungen auch echte Unternehmensgründungen mit einer entsprechend hohen wirtschaftlichen Substanz darstellen. Bei einem Großteil der Neueintragungen in den Gewerberegistern handelt es sich um Nebenerwerbstätigkeiten oder „Nebenunternehmen“. Bei den Gewerbeanmeldungen etwa dominiert die Rechtsform der Einzelunternehmung.

Bessere Gründungsbilanz im Osten

**Tab. 25: Wirtschaftaktive Neugründungen in Deutschland
im Jahr 2003**

■	Wirtschaftsaktive Neugründungen (absolut)
Verarbeitendes Gewerbe	7.700
Baugewerbe	15.400
Handel	46.200
Dienstleistungen	84.700
Gesamt	154.000

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Aus diesem Grund selektiert die Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung bei den Neugründungen zusätzlich die wirtschaftsaktiven Unternehmen,

also Unternehmen, die aktiv am Wirtschaftsleben teilnehmen, indem sie Geschäftsabschlüsse tätigen, investieren und Arbeitsplätze schaffen. Kriterium für die Einstufung als wirtschaftsaktives Unternehmen in der vorliegenden Tabelle ist die Anfrage an die Creditreform-Datenbank zwecks Überprüfung der Geschäftsverbindung und der Kreditwürdigkeit. Damit werden praktisch nur wirtschaftsaktive Unternehmen erfasst. Klein- und Kleinstgewerbetreibende, landwirtschaftliche Unternehmen und Freiberufler sind dagegen unerfasst.

In 2003 ermittelte Creditreform insgesamt 154.000 wirtschaftsaktive Unternehmen. Im Jahr zuvor waren es 150.000. Damit fiel der Anstieg mit 2,6 Prozent moderater aus als im Jahr zuvor mit 3,4 Prozent.

Im Westen entstanden 120.000 Betriebe (Vorjahr: 117.000), im Osten waren es 34.000 (Vorjahr: 33.000). Insbesondere die Bereiche Handel und Dienstleistung weisen eine hohe Zahl neugeschaffener Unternehmen auf. In diesen Branchen dominieren die kurzlebigen Wirtschaftsbereiche mit niedrigen Markteintrittsbarrieren wie etwa personenbezogene, konsumorientierte Dienstleister.

Tab. 26: Gründungsgeschehen von 1999 bis 2003 *) in Westdeutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
1999	722.000	591.000	131.000
2000	695.000	520.000	175.000
2001	639.000	545.000	94.000
2002	584.000	510.000	74.000
2003 *)	620.000	532.000	88.000

*) von Creditreform geschätzt

Positive Trendwende

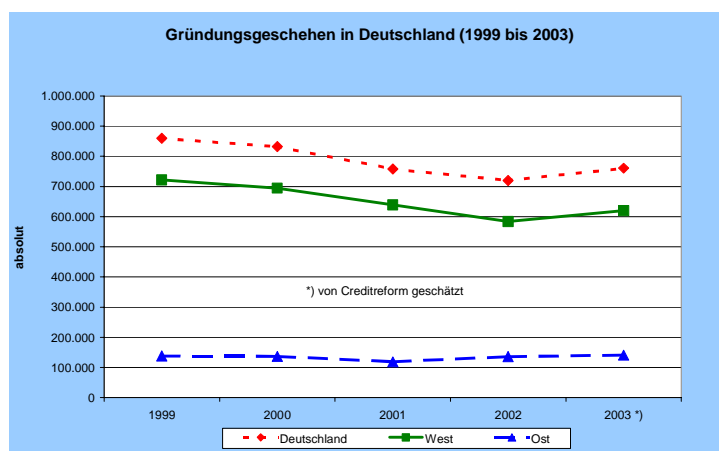
Langfristig betrachtet zeichnet sich bei den Unternehmensneuanmeldungen eine Trendwende ab: Im Fünfjahresvergleich ist der Negativtrend bei den Gewerbeanmeldungen gestoppt. In den alten Bundesländern nimmt die Anzahl der Löschungen jedoch wieder zu, wobei der Höchststand aus dem Jahr 1999 mit 591.000 Liquidationen nicht erreicht worden ist.

Tab. 27: Gründungsgeschehen von 1999 bis 2003 *) in Ostdeutschland **)

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
1999	138.000	119.000	19.000
2000	137.000	109.000	28.000
2001	119.000	115.000	4.000
2002	136.000	127.000	9.000
2003 *)	141.000	124.000	17.000

*) von Creditreform geschätzt **) inklusive Berlin-West

In den ostdeutschen Ländern ergibt sich ein ähnliches Bild, wobei hier die Anmeldungen zwar zunehmen, die Abmeldungen jedoch sinken. Bei den Gewerbeabmeldungen handelt es sich in den meisten Fällen um Betriebsaufgaben, Firmenfortzüge oder Unternehmensübergaben durch Verkauf, Verpachtung oder Erbschaft. Ein besonders großer Anteil fällt hier auf die Aufgabe eines Kleingewerbes oder einer Nebentätigkeit.



Mit zum Anstieg der Neugründungen beigetragen haben die Maßnahmen der Bundesregierung zur Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit. Neben der Auszahlung von Überbrückungsgeldern umfasst das auch die seit Anfang des Jahres mögliche Gründung einer Ich-AG. Mit der Gründung einer Ich-AG erhält der Arbeitslose mit einer Geschäftsidee drei Jahre lang Fördergelder. Diese Form der Gründungsförderung – monatlich 600 Euro im ersten Jahr, 360 Euro im zweiten und 240 Euro im dritten Jahr – richtet sich an Kleinstgründer, die zumindest in den ersten drei Jahren keine Mitarbeiter einstellen dürfen und deren Ar-

Aus arbeitslos wird selbstständig

beitseinkommen 25.000 Euro im Jahr nicht überschreiten darf. Das Bundeswirtschaftsministerium rechnet in diesem Jahr mit mehr als 200.000 Neugründungen aus Arbeitslosigkeit.

2.2 Neuzugänge nach Wirtschaftsbereichen

Die größte Anzahl von wirtschaftsaktiven Unternehmen findet sich im Dienstleistungsbereich. Fast jede zweite echte Neugründung findet im Dienstleistungssektor statt (53 Prozent). 28 von 100 Neugründungen sind Handelsunternehmen. Der Anteil je 100 Neuerfassungen im Bau liegt bei 14 Prozent und im Verarbeitenden Gewerbe bei fünf Prozent.

Tab. 28: Neuzugänge nach übergeordneten Wirtschaftsbereichen in Gesamtdeutschland

■	Anteil je 100 Neuerfassungen *)
Verarbeitendes Gewerbe	5
Baugewerbe	14
Handel	28
Dienstleistungen	53

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Der hohe Anteil der Gründungen im Handel liegt neben den relativ niedrigen Markteintrittsbarrieren auch in der Tatsache begründet, dass diese Branche in besonders hohem Maße von Neugründungen und Schließungen geprägt ist. Insbesondere durch die konjunkturelle Schwäche und die rückläufigen Konsumausgaben der privaten Haushalte stehen viele Handelsunternehmen vor der Betriebsaufgabe.

Dienstleister dominieren

Tab. 29: Neuzugänge nach übergeordneten Wirtschaftsbereichen in Westdeutschland

■	Anteil je 100 Neuerfassungen *)
Verarbeitendes Gewerbe	5
Baugewerbe	11
Handel	29
Dienstleistungen	55

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Bei einem Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland dominieren sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern die Gründungen im Handel und in der Dienstleistung, jedoch werden im Osten mehr Bau- und weniger Handelsunternehmen gegründet als im Westen.

Tab. 30: Neuzugänge nach übergeordneten Wirtschaftsbereichen in Ostdeutschland

■	Anteil je 100 Neuerfassungen *)
Verarbeitendes Gewerbe	6
Baugewerbe	23
Handel	25
Dienstleistungen	46

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank)

***Mehr Bauunternehmen
im Osten***

Bei der Betrachtung der Neueintragungen im Handelsregister ergibt sich ein ähnliches Bild: Insgesamt dominiert der Dienstleistungssektor bei den Unternehmensneuanmeldungen. Über 60 Prozent der Neueintragungen in den Handelsregistern werden in den Sparten unternehmensnahe und sonstige Dienstleistungen erbracht, wobei der Anteil im Osten Deutschlands geringer ausfällt.

Insgesamt haben sich 102.554 neue Unternehmen registrieren lassen, wobei der größte Teil der Meldungen (86.144) erwartungsgemäß auf die alten Bundesländer gefallen ist.

Tab. 31: Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen 2003

■	Westdeutschland		Ostdeutschland		Gesamtdeutschland	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
Land- u. Forstwirtsch. / Fischerei u. Fisch- zucht, Bergbau. u. Gewinn. v. Steinen u. Erden	141	0,16	31	0,19	172	0,17
Verarbeitendes Gewerbe	3.216	3,73	711	4,33	3.927	3,83
Energie u. Wasser - Versorgung	1.240	1,44	377	2,30	1.617	1,58
Baugewerbe	2.923	3,39	1.182	7,20	4.105	4,00
Kfz-Handel	1.452	1,69	362	2,21	1.814	1,77
Groß- u. Einzelhandel	15.347	17,82	2.855	17,40	18.202	17,75
Gastgewerbe	1.609	1,87	335	2,04	1.944	1,90
Verkehr u. Nachrich- tenübermittlung	2.420	2,81	403	2,46	2.823	2,75
Kredit- u. Versiche- rungsgewerbe	481	0,56	52	0,32	533	0,52
Grundstücks- u. Woh- nungswesen, Vermie- tung beweglicher Sachen	1.615	1,87	280	1,71	1.895	1,85
Datenverarbeitung u. Datenbanken	1.683	1,95	204	1,24	1.887	1,84
Forschung u. Entwicklung	24	0,03	7	0,04	31	0,03
unternehmensnahe Dienstleistungen	52.731	61,21	9.327	56,84	62.058	60,51
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	1.262	1,46	284	1,73	1.546	1,51
Summe	86.144	99,99	16.410	100,01	102.554	100,01

Im deutschen Handwerk sind die Gründungszahlen rückläufig, das ergab eine aktuelle Untersuchung des ZEW. In der Wirtschaft insgesamt war die Gründungsquote der Handwerksunternehmen im Jahr 1994 deutlich kleiner als die Gründungsquote der nicht zum Handwerk zählenden Betrieben. Mit Ausnahme des Baugewerbes gelte dies für alle benachbarten Wirtschaftszweige. Demzufolge müsse der Erneuerungsgrad der Handwerksunternehmen deutlich unter dem des gesamten Unternehmensbestandes liegen, so das ZEW im aktuellen Gründungsreport.

2.3 Arbeitsplätze durch Neugründer

Ein positiver Nebeneffekt von Unternehmensgründungen sind die neuen Arbeitsplätze, die in der Regel in jedem größeren Unternehmen entstehen. Aufgeteilt nach den vier Wirtschaftsbereichen gibt es bei der durchschnittlichen Anzahl der Beschäftigten zwischen West- und Ostdeutschland keinen Unterschied. Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern wurden im Verarbeitenden Gewerbe durchschnittlich vier neue Mitarbeiter eingestellt, in den übrigen Wirtschaftsbereichen Bau, Handel und Dienstleistungen waren es jeweils zwei neue Mitarbeiter.

Zurückhaltung bei Arbeitsplätzen

Tab. 32: Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten bei den produktiven Neugründungen 2003

■	Deutschland
Verarbeitendes Gewerbe	4
Baugewerbe	2
Handel	2
Dienstleistungen	2

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Die Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Betriebe hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum erhöht. Durch produktive Neugründungen wurden in diesem Jahr etwa 324.000 Arbeitsplätze geschaffen. Im vergangenen Jahr waren es 323.000.

Tab. 33: Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Betriebe 2003 in Deutschland

■	Zahl der Beschäftigten *)	
Verarb. Gewerbe	4 x 8.000	32.000 (38.000)
Baugewerbe	2 x 21.000	42.000 (53.000)
Handel	2 x 43.000	86.000 (70.000)
Dienstleistungen	2 x 82.000	164.000 (162.000)
Gesamt	154.000	324.000 (323.000)

*) gerundet

Angesichts der angespannten Arbeitsmarktlage, der Konjunkturschwäche und dem unsicheren Ausgang wichtiger wirtschaftspolitischer Reformen geben sich auch Existenzgründer zurückhaltend. Insbesondere die

Unzureichende Maßnahmen

unzureichende Lockerung des Kündigungsschutzes lässt viele Unternehmer vor Personaleinstellungen zurückschrecken.

Mit der Agenda 2010 sollte zwar insbesondere für Kleinbetriebe die „psychologische Schwelle bei Neueinstellungen überwunden werden“. Bisher gilt für Handwerksbetriebe und kleine Gewerbetreibende mit bis zu fünf Mitarbeitern kein Kündigungsschutz, wird aber ein sechster Beschäftigter befristet oder unbefristet eingestellt, tritt der volle Kündigungsschutz in Kraft. Das soll geändert werden. Künftig sollen solche Kleinbetriebe zusätzlich fünf befristete Beschäftigte einstellen können, ohne dass der Kündigungsschutz ausgelöst wird. Damit wird der Kündigungsschutz de facto für Betriebe mit bis zu zehn Mitarbeitern gelockert.

Insbesondere Existenzgründern soll die Entscheidung zu Personaleinstellungen erleichtert werden, indem sie die Möglichkeit erhalten, befristete Arbeitsverträge bis zur Dauer von vier Jahren abzuschließen.

Diese Maßnahmen zur Lockerung des Kündigungsschutzes sollen aber erst Anfang nächsten Jahres umgesetzt werden und bilden nur den berühmten Tropfen auf den heißen Stein. Solange die Lohnnebenkosten noch so hoch sind und die Arbeit verteuern sowie Unternehmer nicht mit der notwendigen Flexibilität Arbeitsmarktpolitik betreiben können, wird die Zahl der Arbeitslosen nicht sinken. Zu tief sitzt die Verunsicherung, zu groß ist die Gefahr bei schwacher Auftragslage teure Mitarbeiter weiter beschäftigen zu müssen; insbesondere Neugründer können sich dies kaum leisten.

Bei einem Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland zeigt sich, dass die Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze mit 252.000 im Westen im Vergleich zum Vorjahr unverändert geblieben ist. In den neuen Ländern wurden insgesamt 72.000 Arbeitsplätze geschaffen, das sind rund 1.000 Arbeitsplätze mehr als im Vorjahr.

Arbeitsplätze im Westen stagnieren

Tab. 34: Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze in den Wirtschaftsbereichen 2003 in Westdeutschland

■	Zahl der Beschäftigten *)	
Verarb. Gewerbe	4 x 6.000	24.000 (30.000)
Baugewerbe	2 x 13.000	26.000 (26.000)
Handel	2 x 35.000	70.000 (62.000)
Dienstleistungen	2 x 66.000	132.000 (134.000)
Gesamt	120.000	252.000 (252.000)

*) gerundet)

Über alle Branchen hinweg wurden weniger Arbeitsplätze geschaffen, außer im Handel: Dort stieg die Zahl der Neueinstellungen. Aller Voraussicht nach hat die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse sowie die Einführung der Gleitzonen-Beschäftigung, auch bekannt unter der Minijob-Reform, insbesondere im Einzelhandel zu positiven Beschäftigungsimpulsen geführt. Laut Hauptverband des deutschen Einzelhandels (HDE) wäre es nun möglich, die Teilzeitlücke in Deutschland zu schließen.

Tab. 35: Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze in den Wirtschaftsbereichen 2003 in Ostdeutschland

■	Zahl der Beschäftigten *)	
Verarb. Gewerbe	4 x 2.000	8.000 (8.000)
Baugewerbe	2 x 8.000	16.000 (27.000)
Handel	2 x 8.000	16.000 (8.000)
Dienstleistungen	2 x 16.000	32.000 (28.000)
Gesamt	34.000	72.000 (71.000)

*) gerundet)

2.4 Neueintragungen und Löschungen in den Handelsregistern der Bundesländer

Bei der Unterscheidung der Neueintragungen in das Handelsregister nach Bundesländern ergibt sich folgendes Bild: Mit gut 24.000 neu eingetragenen Betrieben dominiert, wie bereits im vergangenen Jahr, das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen. Dicht gefolgt von Bayern mit knapp 17.000 Neueintragungen und - etwas abgeschlagen - Baden-Württemberg mit rund 11.000.

NRW liegt vorne

Länder mit der geringsten Anzahl an Handelsregister-Neueintragungen sind das Saarland mit knapp 1.100 Neugründungen, Bremen mit 1.224 Neugründungen sowie Mecklenburg-Vorpommern mit 1.450 Handelsregister-Einträgen.

Tab. 36: Unternehmensneueintragungen und -löschungen nach Bundesländern 2003

■	Neueintragungen		Löschun- Gen	Saldo
	absolut	Verän- derung zu 2002		
Baden-Württemberg	10.866	- 3,4%	5.786	5.080
Bayern	16.928	- 2,4%	7.109	9.819
Berlin	5.094	- 2,2%	3.447	1.647
Brandenburg	2.591	- 1,0%	1.917	674
Bremen	1.224	+ 24,8%	1.218	6
Hamburg	4.869	- 7,5%	2.654	2.215
Hessen	9.214	- 5,5%	4.865	4.349
Mecklenburg-Vorp.	1.450	- 10,4%	1.204	246
Niedersachsen	9.142	- 13,4%	4.339	4.803
Nordrhein-Westfalen	24.419	+ 1,5%	13.845	10.574
Rheinland-Pfalz	3.991	- 0,1%	2.153	1.838
Saarland	1.072	- 4,5%	535	537
Sachsen	3.393	- 5,7%	3.215	178
Sachsen-Anhalt	2.010	+ 4,3%	2.078	- 68
Schleswig-Holstein	4.419	+ 4,1%	1.940	2.479
Thüringen	1.872	- 1,9%	1.436	436
Gesamt	102.554	- 2,7%	57.741	44.813

Auch der vierte Länderbericht Deutschland des Global Entrepreneurship Monitors für das Jahr 2002 ergab gravierende Unterschiede bei den Gründungsaktivitäten. Die Gründungsquote ist in den Bundesländern Hamburg, Bayern, Niedersachsen und Hessen am größten. Aber auch in den Regionen Mittelfranken, Köln, München und Hamburg. Großstädtische Regionen würden auch bei den auf die Einwohnerzahl bezogenen Indikatoren signifikant höhere Gründungsquoten als die übrigen Regionen aufweisen.

Mangelnde Finanzierungsmöglichkeiten

Im GEM Länderbericht 2002 wurde festgestellt, dass sich die Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmensgründungen (u. a. Venture Capital, Börsengänge,

Beteiligungskapital) verschlechtert haben. Insbesondere die restriktive Kreditvergabe sowie der zunehmende Rückzug der Geschäftsbanken aus der Gründungsfinanzierung wurden kritisiert. Alternative Formen der Kreditvergabe, wie sie bereits in anderen Ländern und zum Teil auch in Deutschland praktiziert werden, sollten verstärkt in den Vordergrund treten. Die Vorgaben des Kreditwesengesetzes, das nur Banken die Vergabe von Krediten erlaubt, wird hier als Hemmschuh angesehen.

Abschließend lässt sich festhalten, dass sich die reinen Gründungszahlen zwar verbessert haben, die Anzahl der echten Betriebsgründungen gerade im internationalen Vergleich aber immer noch relativ niedrig ist. Die Gründe für die Zurückhaltung bei den echten Betriebsgründungen sind vielfältig. Neben der konjunkturellen Schwäche sind vor allem fehlendes Startkapital sowie schlechte wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen für die Zurückhaltung verantwortlich.

Der aktuelle KfW-Gründungsmonitor ergab, dass lediglich 29 Prozent der befragten Gründungsplaner ihre Gründung auch tatsächlich realisiert hätten, 21 Prozent befinden sich noch in der Gründungsphase, 32 Prozent haben die Gründung verschoben und 18 Prozent sogar ganz aufgegeben. Als häufigste Probleme bei der Existenzgründung nannten die Befragten die schlechte konjunkturelle Lage und das hohe finanzielle Risiko.

Auch die Einbeziehung der Freiberufler in die Gewerbeertragssteuer oder die Einführung der Mindeststeuer könnten potenzielle Gründer negativ beeinflussen. Durch die Mindeststeuer sollen Unternehmen nur noch die Hälfte eines Jahresgewinns mit Verlustvorträgen verrechnen können, bis zu einem Sockelbetrag von 100.000 Euro, sogenannte Mittelstandskomponente, sollten Gewinne jedoch mit Verlusten verrechnet werden können. Zu wenig für Existenzgründer mit hohen Anfangsverlusten, meinen Steuerexperten.

Diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen werden zu einer Schwächung des Mittelstands führen und nicht

Nur jeder Dritte gründet

gerade zu mehr Gründerelan in Deutschland beitragen.

■ 3 Zusammenfassung

Die Zahl der Insolvenzen in Deutschland hat 2003 eine neue Rekordmarke erreicht: Insgesamt stellten in diesem Jahr 99.800 Unternehmen und Privatpersonen einen Insolvenzantrag. Im Vergleich zum Vorjahr (2002: 84.330) entspricht das einer Steigerung von 18,3 Prozent. Bei den Unternehmen mussten 39.700 Betriebe einen Insolvenzantrag stellen, das entspricht im Vergleich zum Vorjahr (2002: 37.620) einer Steigerung von 5,5 Prozent. Die Zahl der Insolvenzen von Privatpersonen liegt zum zweiten Mal in Folge über denen der Unternehmensinsolvenzen: 60.100 Verbraucher und ehemals selbstständig Tätige möchten sich mit dem Insolvenzverfahren entschulden, 28,7 Prozent mehr als letztes Jahr.

Der Zuwachs bei den Unternehmensinsolvenzen hat sich gegenüber den beiden vorangegangenen Jahren abgeschwächt. Von einer Trendwende zu sprechen, wäre allerdings verfrüht: Innerhalb der letzten zehn Jahre haben sich die Insolvenzen mehr als verdoppelt. Getragen wird der Anstieg bei den Unternehmensinsolvenzen von den westdeutschen Betrieben: 29.700 Unternehmen mussten in 2003 den Gang zum Insolvenzgericht antreten – 11,9 Prozent mehr als im letzten Jahr. In den neuen Bundesländern hingegen ist die Unternehmensinsolvenzentwicklung rückläufig: 10.000 Firmen meldeten Konkurs an, ein Rückgang um 9,7 Prozent.

Bei den Insolvenzen von Privatpersonen liegen die Steigerungsraten im Osten allerdings höher als im Westen: Um 34,7 Prozent auf 13.900 Fälle stieg die Zahl im Osten – in den alten Bundesländern beantragten 46.200 Personen eine Insolvenz – 27,0 Prozent mehr als 2002.

Die Gesamtschäden, die Unternehmen, Privatpersonen und Öffentlicher Hand durch Insolvenzen entstanden sind, summieren sich in diesem Jahr auf 40,5 Mrd.

Euro. Im Jahr 2002 waren es noch 38,4 Mrd. Euro. Mehr als zwei Drittel der verursachten Schäden müssen private Gläubiger hinnehmen: Kreditgeber, Arbeitnehmer und Lieferanten bleiben auf 27,9 Mrd. Euro sitzen. Die Öffentliche Hand trifft es mit 12,6 Mrd. Euro.

Die Zahl der drohenden Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen beträgt in 2003 613.000. Das entspricht einem Anstieg von 3,9 Prozent oder 23.000 Personen im Vergleich zu 2002.

Der Dienstleistungssektor trägt traditionell den größten Anteil am Insolvenzgeschehen (46,4 Prozent des Gesamtinsolvenzaufkommens). Erfreulich ist hingegen die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe: Dort meldeten 8,1 Prozent oder 310 Betriebe weniger Insolvenz als noch vor einem Jahr. Auch das Baugewerbe weist in der Statistik einen Rückgang der Insolvenzen auf: Minus 5,5 Prozent auf Bundesebene – allerdings wird dieser Rückgang vom Osten Deutschlands getragen, hier sank der Wert um 22,6 Prozent, im Westen hingegen gab es einen Anstieg der Baupleiten um 6,9 Prozent.

Setzt man die Zahl der existierenden Unternehmen ins Verhältnis mit den Insolvenzen in einer Branche, erhält man die Insolvenzquote: Hier zeigt sich, dass der Bau immer noch die am meisten gefährdete Branche ist: 256 von 10.000 Betrieben gehen insolvent. Im Verarbeitenden Gewerbe sind es lediglich 98, im Handel 131 und bei den Dienstleistern 122.

70,2 Prozent aller insolventen Betriebe beschäftigen einen bis fünf Mitarbeiter. Dieser Wert stieg im Jahresverlauf noch einmal um 6,3 Prozentpunkte an. Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten sind dagegen nur zu einem Prozentsatz von 1,0 am Insolvenzgeschehen beteiligt. Betriebe, die einen Umsatz zwischen 0,5 und 5,0 Mio. Euro Umsatz machen, stellen 37,2 Prozent der Insolvenzen, das sind 14.770 Unternehmen. Lediglich 120 Betriebe, die mehr als 50 Mio. Euro Umsatz im Jahr machen, sind 2003 pleite gegangen.

Die Eigenkapitalausstattung mittelständischer Unternehmer hat sich im Jahresverlauf verbessert: 18,3 Prozent der Betriebe sind mit 30 Prozent Eigenkapital – gemessen an der Bilanzsumme – ausreichend kapitalisiert (Vorjahr: 16,6 Prozent). Immer noch 35,7 Prozent (Vorjahr: 41,2 Prozent) verfügen über weniger als zehn Prozent Eigenkapital. Auch ihre zukünftige Ertragslage beurteilen mehr Mittelständler positiv: 19,8 Prozent rechnen mit steigenden Erträgen (Vorjahr: 15,5 Prozent), 40,6 Prozent befürchten sinkende (2002: 48,9 Prozent).

Das Insolvenzgeschehen in 2002 war geprägt durch den Zusammenbruch zahlreicher Großunternehmen und Konzerne. Auch in 2003 hat es einige traditionsreiche Betriebe wie Grundig, Wienerwald, Kettner und nicht zuletzt die Aero Lloyd getroffen – an die Dimensionen des Vorjahres kann jedoch nicht herangereicht werden.

Die Zahl der mangels Masse abgewiesenen Insolvenzen ist seit 1999 konstant rückläufig. Mittlerweile werden in Westdeutschland 40,4 Prozent und im Osten 48,0 Prozent aller Verfahren mangels Masse abgewiesen. Bei Einführung der Insolvenzordnung wurde noch nicht einmal ein Drittel aller Verfahren eröffnet.

761.000 Unternehmen ließen sich in 2003 in die Handels- und Gewereregister eintragen, 5,7 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Gleichzeitig nahm die Zahl der Löschungen gegenüber dem Vorjahr um 3,0 Prozent auf 656.000 Unternehmen zu. Der Saldo aus An- und Abmeldungen liegt im Jahr 2003 bei 105.000 Unternehmen. In Westdeutschland steigt sowohl die Zahl der An- als auch der Abmeldungen: 620.000 Unternehmen wurden registriert (plus 6,2 Prozent). 539.000 Gewerbe wurden abgemeldet (plus 5,7 Prozent). Im Osten kommt es 2003 zu 141.000 Neueintragungen, das entspricht einem Anstieg von 3,7 Prozent. Die Zahl der Abmeldungen ist allerdings rückläufig: 124.000 Unternehmen meldeten sich ab, im vergangenen Jahr waren es noch 127.000 (minus 2,4 Prozent).

154.000 wirtschaftsaktive Unternehmen wurden in 2003 gegründet – 4.000 mehr als noch 2002. In Westdeutschland entstanden 120.000 Betriebe, im Osten 34.000. Insbesondere die Branchen Handel und Dienstleistung weisen hohe Gründungszahlen auf. Die größte Anzahl wirtschaftsaktiver Unternehmen verzeichnet der Dienstleistungsbereich (53 Prozent). 28 von 100 neugegründeten Unternehmen kommen aus dem Handel. 14 Prozent kommen aus dem Bau und lediglich fünf Prozent aus dem Verarbeitenden Gewerbe.

Jeder gegründete Betrieb im Verarbeitenden Gewerbe schuf durchschnittlich vier neue Arbeitsplätze. In den übrigen Wirtschaftsbereichen Bau, Handel und Dienstleistungen waren es jeweils zwei Mitarbeiter. Die Gesamtzahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Unternehmen erhöhte sich binnen Jahresfrist um 1.000 auf 324.000.

Die meisten Gründungen verzeichnete Nordrhein-Westfalen: Hier wurden mehr als 24.000 Unternehmen in das Handelsregister eingetragen. Auf Platz zwei liegt Bayern mit knapp 17.000 Neugründen gefolgt von Baden-Württemberg mit rund 11.000 neuen Unternehmen.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung
Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171
Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2003, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzangaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 04. Dezember 2003